

Evangelische Volkspartei der Schweiz

Niklaus Hari, Leiter Kommunikation

Josefstrasse 32

8023 Zürich

Tel. 044 272 71 00

Fax 044 272 14 37

Mobile 079 202 72 27

niklaus.hari@evppev.ch

www.evppev.ch

Eidgenössische Steuerverwaltung
Hauptabteilung Mehrwertsteuer
Schwarztorstrasse 50
3003 Bern

4. Juli 2007

**Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Mehrwertsteuer
Vernehmlassungsantwort der Evangelischen Volkspartei der Schweiz (EVP)**

Sehr geehrter Herr Bundesrat
Sehr geehrte Damen und Herren

Herzlichen Dank für die Möglichkeit der Stellungnahme zur obigen Vernehmlassungsvorlage,
von der die EVP gerne wie folgt Gebrauch macht.

1. Grundsätzliche Überlegungen

Die EVP ist der Meinung, dass die MWST gründlich vereinfacht werden muss. Dazu sind ein total revidiertes MWSTG, ein Einheitssatz und die Abschaffung eines grossen Teils der unechten Steuerbefreiungen nötig. Dies kann jedoch nur erreicht werden, wenn Partikulärinteressen dem Gesamtinteresse einer einfach umsetzbaren allgemeinen Konsumsteuer untergeordnet werden. In diesem Sinne ist auch die Vernehmlassungsantwort der EVP zu verstehen. Sollten einzelne Partikulärinteressen Gehör finden, wird auch die EVP ihre Stellungnahme in verschiedenen Punkten anpassen müssen.

Die Vorlage ist sehr komplex. Auch fehlen griffige Beurteilungskriterien für die Reformvorschläge. Die Vernehmlassung der EVP beschränkt sich deshalb auf ausgewählte Punkte der Vorlage. Auf die Beantwortung des sehr umfangreichen Fragebogens wird deshalb verzichtet.

2. Stellungnahme der EVP zu ausgewählten Reformvorschlägen

Modul „Steuergesetz“

Die EVP unterstützt die Erhöhung der Freigrenze von 75 000 auf 100 000 Franken Umsatz. Bei gleichzeitiger Umsetzung des Moduls „Einheitssatz“ schlägt die EVP eine Erhöhung auf 150 000 Franken vor. Damit könnte die Zahl der neu der MWST zu unterstellenden

Unternehmen reduziert werden. Zudem müsste damit die heutige Limite von 150 000 Franken für ehrenamtliche Sportvereine und gemeinnützige Organisationen nicht gesenkt werden.

Modul „Einheitssatz“

Im Gesamtinteresse einer einfach umsetzbaren allgemeinen Konsumsteuer unterstützt die EVP die Reformvorschläge des Moduls „Einheitssatz“ aus folgenden Gründen:

- Der Einheitssatz signalisiert einen Standard. Alle Branchen und Interessen werden gleich behandelt.
- Viele Abgrenzungsprobleme und Anreize zur Steuerumgehung entfallen.
- Einfachheit, Rechtssicherheit und Kundenorientierung werden verbessert.
- Die Steuerlast sinkt für eine grosse Mehrheit der Produkte.

Bewusst unterstützt die EVP die Variante Gesundheitswesen nicht. Für die EVP überwiegen die Vorteile der Unterstellung des Gesundheitswesens klar. Der insgesamt tiefere MWST-Satz und der Wegfall sehr vieler Abgrenzungsprobleme sind höher zu bewerten als die einmalig leicht steigenden Gesundheitskosten. Schliesslich handelt es sich beim Gesundheitswesen um einen grossen, wachsenden Wirtschaftszweig mit zunehmenden Wettbewerbskomponenten. Dem sozialen Aspekt des Gesundheitswesens wird bereits anderweitig Rechnung getragen, so durch die bekannten Prämienreduktions-Systeme und den Einsatz von Steuermitteln. Wenn nötig, könnten solche Korrekturen noch verstärkt werden. Jedenfalls ist die (unechte) Befreiung von der MWST der falsche Weg, um soziale Ziele zu erreichen.

Aus ähnlichen Überlegungen lehnt die EVP das vorgeschlagene System für ein soziales Korrektiv ab. Die temporäre Erhöhung des Satzes um 0.1% ist aufwändig und einmal eingeführte Sätze werden kaum wieder reduziert. Die Verteilung der Mittel an bedürftige Haushalte via Kantone ist kompliziert und nicht sachgerecht. Experten weisen immer wieder darauf hin, dass sich die MWST nicht eigne, um sozialpolitische Ziele zu erreichen. Vielmehr seien solche Ziele durch progressive Einkommenssteuern zu erreichen. Die EVP schlägt deshalb vor:

Kompensation der sozialen Nachteile des MWST-Einheitssatzes mittels direkter Bundessteuer

Die direkte Bundessteuer bietet sich geradezu an zur sozialen Kompensation des MWST-Einheitssatzes. Die Kompensation könnte auf Stufe Bund einfach und klar erfolgen, ohne die Kantone mit einbeziehen zu müssen. Lediglich der Tarif der direkten Bundessteuer müsste entsprechend angepasst werden und es müsste die Möglichkeit einer „negativen Steuer“ geschaffen werden, ähnlich dem in den USA bekannten [„earned income tax credit“](#) oder dem „working tax credit“ von Grossbritannien. Auf eine temporäre Erhöhung des Einheitssatzes könnte verzichtet werden.

Einlageentsteuerung

Die EVP stellt sich auch gegen das vorgeschlagene System der Einlageentsteuerung. Es muss eine Lösung gefunden werden ohne temporäre Erhöhung des Einheitssatzes. Möglich erscheint ein Vorgehen wie damals bei der Ablösung der WUST durch die MWST. Allerdings ist für die EVP eine weitere Verschuldung des Staates keine Lösung, weil damit das Problem lediglich auf die nächste Generation verschoben wird.


Subventionen

Um Abgrenzungsprobleme, Fehler und Rechtsverfahren zu vermeiden, sowie die Wettbewerbsneutralität zu verbessern, ist die EVP der Meinung, dass Subventionen gemäss Alternative 1 im Vernehmlassungsbericht besteuert werden sollten. Allerdings sind die finanziellen Auswirkungen einer solchen Lösung für Bund, Kantone und Gemeinden noch näher zu untersuchen

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

EVANGELISCHE VOLKSPARTEI DER SCHWEIZ (EVP)



Parteipräsident und Nationalrat

Dr. Ruedi Aeschbacher



Generalsekretär

Joel Blunier